

LiLO

Linke Liste Mönchengladbach

Zeitung für Odenkirchen April / Mai 2008

HARTZ IV DAS GESETZ MUSS WEG!

Das Bundesverfassungsgericht erklärt einen zentralen Punkt der Hartz IV Gesetze für verfassungswidrig. Klagen gegen die Arge bei Sozialgerichten haben eine Erfolgsquote von 40 %. Einige Menschen sehen keine andere Möglichkeit mehr, als einen Hungerstreik, um sich gegen empfundene Willkür und Schikane zu wehren.



Vor der ARGE in MG-Rheydt. Verteilaktion der Partei „DIE LINKE“

Die Politik feiert in diesen Tagen die Hartz IV Gesetzgebung als Erfolg. Wie sieht die Realität für die Betroffenen aus?

Dieses Gesetz zwingt Menschen in Armut, die zum Teil vorher Jahrzehnte gearbeitet haben. Es grenzt sie aus und treibt viele an den Rand der Verzweiflung. Die Wut der Betroffenen richtet sich oft gegen die MitarbeiterInnen der Arge. Jedoch sind die MitarbeiterInnen selbst verpflichtet, dieses schlechte Gesetz umzusetzen. Hinzu kommt noch, dass die Argen personell unzureichend ausgestattet sind. Bei der Arge in Mönchengladbach sind ca. 30 von 338 Stellen nicht besetzt. Für 65 befristete Arbeitsplätze ist die Zukunft ungewiss. Es kann sein, dass diese Stellen nicht entfristet werden. Ende 2004 wurden die MitarbeiterInnen des Sozialamtes angesprochen, zur Arge zu wechseln. Versprochen wurde Ihnen eine Fallzahl von 100 – 150 Fällen. Mittlerweile haben sie zwischen 250 und 350 Fälle zu bearbeiten. Die Folge: Enorme Postrückstände und keine Chance, die Anträge zeitnah zu bearbeiten. Dass bei einer solchen Arbeitsverdichtung kein gutes Betriebsklima herrscht, ist verständlich. Bei den Betroffenen entsteht aufgrund der schleppenden Bearbeitung und der gereizten Stimmung der Eindruck von subjektiver Mutwilligkeit. Gesehen wird nicht, dass die MitarbeiterInnen und die Betroffenen gemeinsam unter dieser Hartz-IV-Gesetzgebung mit der unzureichenden Ausstattung leiden. Die Schuld für diese

Misere liegt nicht bei den Betroffenen. Die Schuldigen sind in der rot-grünen Koalition unter Schröder zu finden, der dieses Gesetz mit Zustimmung der CDU durchgesetzt hat. Und die Schuldigen sind in der heutigen schwarz-roten Koalition zu finden, die Not und Elend dieser Gesetzgebung fortsetzen. Sie sind es, die tatenlos zusehen, wie die Konflikte, die sie selbst verursacht haben, auf dem Rücken der MitarbeiterInnen der Argen und der Betroffenen ausgegossen werden.

Damit die Konflikte sich nicht weiter zuspitzen, muss die Absicherung der personellen Ausstattung der Arge gewährleistet werden, damit die versprochene Fallzahl von 100 – 150 Fälle möglich ist. Geld dafür ist vorhanden. Die Agentur für Arbeit, die sich bei der Weiterfinanzierung der unbefristeten Arbeitsplätze sperrt, schwimmt in Überschüssen. Desweiteren muss der Regelsatz für den Haushaltsvorstand auf 500 EUR angehoben werden sowie die anderen Regelsätze entsprechend, um die Preissteigerungen der letzten Jahre aufzufangen.

Langfristig jedoch muss dieses Gesetz weg und durch eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung, die vor Armut schützt, ersetzt werden.

wie bei unserer Sparkasse - aus den Erträgen bezahlt. Damit jedoch nicht genug: Weil sich neben den Sparkassen auch der Landschaftsverband Rheinland an den Milliardenverlusten der WestLB beteiligen muss, sind die Städte gezwungen, ihre Zahlungen an den Landschaftsverband Rheinland zu erhöhen. Die gleichen Bankmanager, die sich dumm und dämlich verdienen, Jahresbezüge in ein- und zweistelliger Millionenhöhe für sich als selbstverständlich betrachten, die aus Profitgier diesen Geschäften zugestimmt haben, rufen jetzt, nachdem diese faulen Kredite geplatzt sind, nach staatlicher Hilfe - Bankchef Ackermann voran.

Rolf Fören

*Mitglied des Stadtrates
Telefon: 02166 / 680777*

Im Hauptausschuss stellte die LiLO die Frage nach dem Anteil der Sparkasse Mönchengladbach an der Übernahme der Verluste der WestLB AG.

Die Antwort des Stadtdirektors und Stadtkämmerers, Bernd Kuckels, (FDP):

„9,1 Mio. EUR.“

Zum Hintergrund:

Um noch mehr Profit zu machen, hatten fast alle Banken auf dem amerikanischen Immobilienmarkt spekuliert und sich an Krediten beteiligt. Weil die amerikanischen KreditnehmerInnen ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen können, platzen in der Folge nun diese Kredite. Jeden Tag eine neue Horrormeldung über das Ausmaß der Verluste. Banken gehen pleite oder werden für einen Euro verkauft. Nun könnte mensch ja denken, was geht mich das an, das sind die Banken doch selbst Schuld. Weit gefehlt!

Die Verluste, die zurzeit bei den Landesbanken ausgeglichen werden müssen, werden zum Teil aus Steuergeldern finanziert bzw. -

So ist das im Kapitalismus: Gewinne werden in die eigene Tasche gesteckt, und sobald Verluste anfallen, soll die Allgemeinheit bezahlen.

Wieso lassen wir uns das eigentlich gefallen?

**KAPITALISMUS WIE GEHABT:
ARBEITNEHMER SOLLEN AUCH DIE
BANKENKRISE BEZAHLEN**

Dass Unternehmen Arbeitsplätze abbauen, wenn sie rote Zahlen schreiben, ist bekannt und folgt der Logik der kapitalistischen Betriebswirtschaft. Wenn Unternehmen zu teuer und am Markt vorbei produzieren, steigen die Kosten, sinken die Umsätze, geraten die Bilanzen in eine Schiefelage und drehen die Banken den Kredithahn zu. Für die Fehler des Managements müssen dann die Arbeitnehmer bluten. So funktioniert halt Marktwirtschaft.

Dass aber renommierte Konzerne wie Siemens, BMW, Henkel, Continental, Nokia Tausende ihrer Beschäftigten eiskalt auf die Straße schicken, obwohl sie hervorragende Produkte herstellen, in vielen Segmenten

Marktführer sind und kräftige Milliarden Gewinne einstreichen, die die Arbeitnehmer für sie erarbeitet haben, ist ein Phänomen der letzten Jahre, das zeigt, dass wir in eine brutale Epoche des Kapitalismus eingetreten sind, in der nur die Orientierung am Shareholder Value (der Aktienrendite) gilt. Die Bewältigung der „Bankenkrise“ – hier nur die private Mittelstandsbank IKB – liegt ganz auf dieser Linie:

Wie kann es dazu kommen, dass für eine private Mittelstandsbank, die sich bei Spekulationsgeschäften mit (derzeit bekannten) 5,9 Milliarden € „verzockt“ hat, der Staat und damit letztlich der Steuerzahler mit weit über 6 Milliarden € gerade stehen muss, während private Banken oder der Bundesverband deutscher Banken noch nicht einmal mit einem Sechstel davon haften? Während gerade diese Wirtschaftselite den Staat möglichst aus allem heraushalten will und das hohe Lied auf die freien und auch so effizienten Finanzmärkte singt, wird nun plötzlich der Staat mit der Erpressung zur Kasse gebeten, dass der Finanzplatz Deutschland in Gefahr sei, wenn er nicht für die Verluste hafte.

Wie passt es eigentlich zusammen, dass am

gleichen Tag, an dem der Staat den „Finanzplatz“ retten muss, die Commerzbank eine Gewinnsteigerung um knapp 20 % vermeldet und auch die Deutsche Bank sich vor wenigen Wochen mit weiteren Rekordgewinnen brüsten durfte, ohne dass die Banken insgesamt für den Finanzplatz in Haftung genommen werden.

Es drückt sich darin eine Erpressungssituation aus, die man wie folgt beschreiben könnte: Die Banken drohen, entweder es fliegt alles in die Luft, oder Du, Staat, stehst für unsere kriminell herbeigeführten Verluste gerade und wir können dann nebenher weiter unsere Gewinne machen, so als sei nichts gewesen.

Die 6 Milliarden Stütze für den „Finanzplatz Deutschland“ liegt in etwa in der Größenordnung der Steuermindereinnahmen durch die 2008 in Kraft getretene Unternehmenssteuerreform. D.h. die Wirtschaft wird allein durch diese Maßnahmen um weitere 6 Milliarden, also insgesamt etwa 12 Milliarden gestützt. Die Rettung einer einzelnen kleinen Bank kann den Bund mehr kosten, als der gesamte Auf- und Ausbau der Kindertagesstätten bis zum Jahre 2013, wofür der Bund in etwa 5 Milliarden zugesagt hat. Für den

Wissenschaftsstandort will der Bund etwa für den Hochschulpakt in 4 Jahren, bis 2010, gerade mal 565 Millionen ausgeben, um damit eine erwartete Steigerung der Studierendenzahlen um 40 % auffangen zu können.

Die Tarifforderung für den öffentlichen Dienst wird nach Gewerkschaftsschätzungen rund 1,48 Milliarden Euro Mehrkosten für den Bund betragen. Dagegen hat der Bund 1,2 Milliarden allein in der Nacht vom 12. auf den 13. Februar 08 zur „Rettung für den Finanzplatz“ über den Tisch gereicht. Allen abwiegelnden Bemerkungen des Finanzministers zum Trotz, die Kosten gehen zu Lasten der Allgemeinheit. Aber man kann Gift darauf nehmen, dass die nächste Forderung nach Steuersenkungen für die Gewinne der Banken folgen wird, wenn der Finanzplatz Deutschland mit Steuergeldern gerettet sein wird.

Das Trostlose ist dabei, dass die Politik keine Lösung dafür bietet, wie sie sich aus dieser Erpressungssituation befreien kann. Die nächsten milliardenschweren „Rettungspakete“ dürfen also schon geschnürt werden.

Ob die Arbeitnehmer als Steuerzahler auch künftig bereit sein werden, den Lastesel zu spielen, hängt von uns, den Arbeitnehmern ab.

REKOMMUNALISIERUNG BRINGT VORTEILE - PRIVATISIERUNG NUR NACHTEILE

Am Beispiel der Rekommunalisierung der Müllabfuhr in Bergkamen ließ sich "DIE LINKE" Mönchengladbach in einem Seminar vom stellvertretenden Abteilungsleiter dieses Ressourts die Vorzüge erklären:

Nach Jahren privater, teurer Abfallwirtschaft sank nach der geglückten Rekommunalisierung der Stress für alle beteiligten Mitarbei-

ter, sanken ebenso die Preise der Müllabfuhr für die Bergkamener Verbaucher. Grund: Die Stadt muss keinen Profit machen und kann infolgedessen stressfreiere Arbeitsbedingungen gestalten. Außerdem fällt keine Mehrwertsteuer an.

Die Müllgebühren in Bergkamen liegen so etwa 50 % unter den Gladbacher Gebühren. - Ein krasses Negativbeispiel stellt die Teilprivatisierung der Justizvollzugsanstalt im hessischen Hünfeld, Landkreis Fulda, dar. Dort betreibt die britische Serco Group seit 2006 die JVA-Werkstätten im Zweischichtsystem. Seit der Teilprivatisierung ist ein Haftplatz im Hünfelder Privatknast knapp vier Euro teurer als in der staatlichen JVA Darmstadt - und das trotz des Einsatzes von "Billigpersonal". So muss das Land statt der vom damaligen CDU-Justizminister Wagner versprochenen Einsparungen von jährlich 660 000 Euro - im Vergleich zum Staatsgefängnis - im Jahr 700 000 Euro draufzahlen.

Der private Betreiber, die Serco Group, konnte dagegen laut vorläufigem Geschäftsergebnis seinen Gewinn vor Steuern 2006 "um mehr als 37 Prozent" steigern.



WEITERE BEITRAGSERHÖHUNG IN SICHT - DER RAUBZUG GEHT WEITER

Wir müssen uns auf einen weiteren kräftigen Anstieg der Krankenkassenbeiträge einstellen.

Voraussichtlich bereits zum 1. Juli ist mit einer neuen Beitragserhöhungswelle zu rechnen.

Als Gründe werden wieder einmal die schwächere Konjunktur sowie steigende Gesundheitsausgaben benannt. Außerdem haben viele Kassen zum 1. Januar ihre Beiträge nicht so erhöht, wie es zur Deckung der Ausgaben erforderlich gewesen wäre. Bis zum Jahresende wird ein Anstieg der Sätze auf durchschnittlich 15,3 bis 15,5 Prozent erwartet.

Besonders kostentreibend sind die Arzneimittelausgaben. Diese sind in den ersten beiden Monaten des Jahres zweistellig gewachsen. Auf der Einnahmeseite schlagen die schwächere Konjunktur, der geringe Anstieg der Renten, die Ausweitung des Niedriglohnsektors und die nach wie vor hohe Zahl von ALG-II-Empfängern negativ zu Buche.

Die von den Kassen als Begründung für die Erhöhungen gern ins Feld geführte Kostenexplosion ist nach unserer Ansicht und der des Allgemeinen Patientenverbandes (APV) in erster Linie auf Raffgier, Verschwendung und Korruption zurückzuführen. Von den 160 Milliarden Euro, die das Gesundheitswesen pro Jahr verschlingt, sind 70 Milliarden Euro zum Fenster 'rausgeschmissen. Allein 20 Milliarden Euro gehen nach Schätzungen unabhängiger Experten durch Korruption verloren. Weitere 20 Milliarden Euro müssen von den Kassen aufgebracht werden, weil Ärzte überflüssige Untersuchungen durchführen. Weitere Faktoren sind unter anderem die Verschreibung überteuerter Medikamente und

die Finanzierung der aufgeblähten Verwaltungsapparate von über 200 konkurrierenden gesetzlichen Krankenkassen sowie der kasernenärztlichen Verbände.

Der APV fordert die Einführung einer Positivliste für verschreibungsfähige Medikamente, die Umstellung der Vergütung niedergelassener Ärzte von Einzelhonoraren auf Gehälter sowie die Auflösung der Ärzte- und Kassenkartelle. Dem kann man sich nur anschließen.

Wir wollen den permanenten Raubzug der Krankheitslobby gegen Lohnabhängige beenden. Wir fordern deshalb die Einführung einer Bürgerversicherung, die alle Einkunftsarten und Vermögen zur Finanzierung des Gesundheitssystems heranzieht.

PAHLKEBAD DERZEITIGER STAND:

Das Bad ist seit dem 7.1.08 geschlossen. Das Wasser ist abgelassen, die Pumpen außer Betrieb. Es gammelt so vor sich hin. Die ersten Fliesen am Boden lösen sich. Die beiden Gymnasien müssen ihre Schwimmstunden drastisch reduzieren. Von zwei Unterrichtsstunden bleiben ca. 30 Minuten übrig. Der Rest geht für Fahrzeiten drauf. Fahrten zum Vitusbad, die die Stadt bezahlen muss. Die Springer fahren nach Köln, um dort ihrem Sport nachzugehen. Die DLRG-Schwimmer weichen nach Rheindahlen aus. Andere treten mit dem Hinweis auf die Badschließung aus den Schwimmvereinen aus.

Und was machen CDU und FDP in dieser Situation?

Sie lehnen einen Antrag der SPD ab, Mittel für die Renovierung des Pahlkebades im Haushalt 2008 bereitzustellen und beschließen stattdessen, die NVV möge schnellstmöglich die Sanierungskosten unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes für das Bad ermitteln. Die Kosten dafür werden der Stadt Mönchengladbach in Rechnung gestellt.

Damit ist klar, dass sich in 2008 beim Pahlkebad nichts tut, weil kein Geld im Haushalt bereitgestellt wurde. CDU und FDP begründeten ihre Haltung damit, dass mit der Eintragung des Bades in die Denkmalliste die Kosten für die Sanierung bis zu einem zweistelligen Millionenbetrag steigen könnten. Solange die Kosten nicht bekannt sind, könne auch keine Finanzplanung gemacht werden. Selbst dem zuständigen Baudezernenten Hormes gingen diese Spekulationen zu weit. Er erklärte im Hauptausschuss, dass in einigen Bereichen der Sanierung die Kosten steigen, in anderen jedoch auch sinken (Fenster Pahlkebad) könnten.

Hinzu kommt noch, dass die NVV bisher die Kosten für die Sanierung ermittelt hat, ohne ökologische Gesichtspunkte – z.B. Energieeinsparungen – zu berücksichtigen.

Damit setzen CDU und FDP auf Zeit. Wenn erstmal der Zustand des Bades aufgrund der Schließung sich weiter verschlechtert und die Sanierungskosten genügend hoch gerechnet wurden, dann kommen sie sicherlich mit der Argumentation, die Kosten für die Sanierung seien zu hoch. Deshalb müsse der Denkmalschutz aufgehoben werden, weil es der verschuldeten Stadt nicht zuzumuten sei, diese Kosten zu tragen.

Und ist der Denkmalschutz erst einmal aufgehoben, dann machen die beiden Parteien das, was sie schon immer wollten. Nämlich einen Neubau für ein Schmalspurbad, was die Rheydter aber nicht mögen.

In dieser Situation hilft nur eins: Den Beschluss von CDU und FDP ernst zu nehmen und die NVV unter Druck setzen, schnellstmöglich die Decke zu untersuchen. Denn der entscheidende Punkt für die Schließung des Bades war, dass von der Decke eine Gefahr ausgehen könnte. Wenn aber bei einer solchen Untersuchung der Decke festgestellt wird, dass die Binder und Träger die Decke noch halten, dann könnte das Bad auch direkt wieder aufgemacht werden. Weil keine Gefahr besteht. Und dann könnte in Ruhe ein Sanierungskonzept unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes und ökologischer Aspekte mit einer entsprechenden Finanzierung entwickelt werden.



NVV DARF STROMVERSORGUNG BEI ZAHLUNGRÜCKSTAND NICHT EINFACH SPERREN

In 59 000 Privathaushalten haben örtliche Energieversorger im Vorjahr den Strom abgestellt, die Zahlen gelten für Nordrhein-Westfalen. Dürfen die Unternehmen das so einfach? Viele Haushalte haben Schulden beim Energieversorger, die sie einfach nicht begleichen können. So auch ein fünf Personen Haushalt in Mönchengladbach-Rheydt. Aber der dreifache Familienvater aus Rheydt erwirkte nun vor dem Amtsgericht Mönchengladbach eine einstweilige Verfügung gegen die NVV: Das Energieunternehmen darf den Strom nämlich nicht einfach so sperren.

Die Familie hatte ihre Stromrechnungen immer pünktlich gezahlt und sah sich nun einer immensen Nachzahlungsforderung gegenüber, zu zahlen innerhalb von 14 Tagen. Im Vertrauen auf die Gelteung des Werbeslogans der NVV: „Für Dich geben wir alles“ bot der arbeitende Vater eine Ratenzahlung an, denn in Zeiten von Hungerlöhnen ist Ebbe in der Kasse öfter angesagt als man glaubt und manche Rechnung lässt sich eben nicht auf einen Schlag begleichen. Die NVV lehnte das Teilzahlungsangebot ab. „Man muss sich das mal vorstellen. Energiekonzerne geben Großkunden Kredite ohne Ende“ meint der betroffene Familienvater „und ich, als so genannter kleiner Mann, erhalte für 700 Euro noch nicht einmal einen Monat Zahlungsaufschub. Meine Frau hat gerade erst entbunden.“ Beim Amtsgericht Mönchengladbach-Rheydt erwirkte er eine einstweilige Verfügung, der NVV wurde untersagt, den Strom abzustellen. Empört über das Vorgehen der NVV reichte er gleichzeitig eine Beschwerde bei der Energieaufsicht im Wirtschaftsministerium des Landes NRW ein. Um weitere ähnlich gelagerte Fälle bezüglich des Energieversorgers NVV zu sammeln, findet am 7. Mai um 19 Uhr in der Burgstraße 4, Odenkirchen, ein Treffen statt - dort werden Betroffene sich austauschen, der Familienvater wird ebenfalls anwesend sein. Um Anmeldungen zum Treffen wird gebeten, unter der Telefonnr. 02166/9792242.

„Kein Licht, kein heißes Wasser, kein Radio, keine warmen Mahlzeiten mehr – das Kappen der Stromversorgung darf nicht Realität für Kunden sein, die einer Zahlungsaufforderung nicht mehr nachkommen können“ meint auch Klaus Müller, Vorstand der Verbraucherzentrale NRW. „Energieversorgung ist fester Bestandteil allgemeiner Daseinsvorsorge und muss für jeden Menschen gewährleistet sein. Das steht bereits im Entwurf der EU-Charta zu Rechten der Energieverbraucher“ sagt der Verbraucherschützer.

UND WER LEBT SCHON GERNE OHNE ENERGIE?
